

Stand: 24.06.2026 10:06:03

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/265

"Glasfaserkonzept statt Notoperation"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/265 vom 10.12.2013
2. Beschluss des Plenums 17/304 vom 11.12.2013
3. Plenarprotokoll Nr. 8 vom 11.12.2013



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber, Alexander Muthmann, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Eva Gottstein, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Glasfaserkonzept statt Notoperation

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein Konzept vorzulegen, welches einen Glasfaseranschluss für alle bayerischen Haushalte, Unternehmen und öffentlichen Gebäude bis zum Jahr 2018 ermöglicht. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen als erste Maßnahmen alle staatlichen und sonstigen öffentlichen Gebäude und Einrichtungen bis 2015 einen Glasfaseranschluss erhalten. Parallel dazu sollen bis 2015 alle Kabelverteiler an das Glasfasernetz angeschlossen werden. Dadurch werden die Voraussetzungen geschaffen, dass bis zum Jahr 2018 auch jeder Haushalt und jedes Unternehmen in Bayern an das Glasfasernetz angeschlossen werden können.

Begründung:

Staatsminister Dr. Söder will das Landesamt für Vermessung in „Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung“ umbenennen und den Kommunen bayernweit 71 Beamte für die Bewältigung des komplizierten Breitbandförderprogramms zur Seite stellen. Außerdem will der Finanzminister kleine Veränderungen des Programms vornehmen, etwa bei der Höhe der Fördersätze. Dabei ist das bestehende bayerische Förderprogramm nicht für eine zukunftsfähige Versorgung Bayerns mit breitbandigem Internet ausgelegt. Das Programm zielt rein auf Unternehmen in Kumulationsgebieten ab.

Der Freistaat Bayern braucht endlich ein zukunftsfähiges Glasfaserkonzept anstatt kleiner Schönheitsreparaturen am bestehenden, unzulänglichen Programm. Die Orientierung an Übertragungsgeschwindigkeiten ist dabei nicht zielführend. Zukunftssicher ist nur der flächendeckende Ausbau der Glasfasertechnik mit dem Ziel, nicht nur jedes öffentliche Gebäude und jedes Unternehmen, sondern auch jeden Haushalt in Bayern an das Glasfasernetz anzuschließen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber, Alexander Muthmann, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Eva Gottstein, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/265

Glasfaserkonzept statt Notoperation

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Alexander Muthmann

Abg. Erwin Huber

Abg. Dr. Christoph Rabenstein

Abg. Verena Osgyan

Staatsminister Dr. Markus Söder

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Dr. Paul Wengert

Abg. Thorsten Glauber

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe zur Beratung auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Glasfaserkonzept statt Notoperation (Drs. 17/265)**

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Muthmann. Bitte sehr.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was das Breitbandthema angeht, haben die Staatsregierungen des Jahres 2013 in Bayern die Erwartungen des Plenums zu etwa 0,25 % erfüllt.

(Thomas Kreuzer (CSU): So genau berechnen Sie das!)

Ich will Ihnen das auch erläutern. Man stelle sich vor, Staatsminister Herrmann würde hier sagen: Von den 200 Millionen Euro, die mir das Plenum zur Unterhaltung und zur Weiterentwicklung des Staatsstraßennetzes zur Verfügung gestellt hat, hat mein Haus in diesem Jahr 560.000 Euro ausgegeben. Was würde das hier in diesem Landtag auslösen? – Vermutlich Tumult, und das zu Recht.

Genau das ist aber die Situation beim Thema Breitband. Auch hier haben wir auf Antrag und nach den Vorstellungen der Staatsregierungen im Jahr 2013 für die Breitbandentwicklung 200 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, und praktisch nichts ist damit geschehen – dies vor dem Hintergrund, dass auch Staatsminister Söder die Breitbandentwicklung als eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben oder als eine der großen Infrastrukturaufgaben in Bayern bezeichnet. Wir weisen auch darauf hin, dass sich an dieser Frage auch entscheiden wird, ob die ländlichen Regionen mit den besonders starken Regionen in Bayern wirtschaftlich Schritt halten können. Bayern, ein Land der zwei Geschwindigkeiten – das darf man in diesem Zusammenhang durchaus auch wörtlich nehmen. Bei dieser Aufgabe ist es nicht nur fünf vor zwölf, sondern es ist bereits zwölf, und es brennt. Die Bürgermeister in den ländlichen, in den wirtschaftsschwächeren Regionen spüren auch, dass sie den Anschluss verlieren.

In dieser Woche haben wir auch das Gutachten der Henzler-Kommission zum Thema Bayern als Gründungsland zur Kenntnis nehmen müssen. Darin wird für Bayern insgesamt auch darauf hingewiesen, dass die Infrastruktur und das schnelle Internet besonders wichtige Standortfaktoren sind – neben vielen anderen Problemen, über die ich jetzt an dieser Stelle nicht sprechen will. Das, was für Bayern als Gründungsland insgesamt gilt, gilt natürlich für die wirtschaftsschwächeren Regionen in Bayern in ganz besonderer Weise. Diese Regionen können nur dann stark werden, wenn die Politik die Aufgaben Breitband und schnelles Internet erfolgversprechend anpackt. Diese Situationsanalyse ist bekannt. Was passiert politisch? Zu Zeiten des Wirtschaftsministers Erwin Huber passierte erst einmal gar nichts. Auch das ist mehrfach besprochen worden. Jetzt haben wir ein Förderprogramm, das mehr Hemmnisse als Impulse bringt. Das ist wahrlich keine Erfolgsstory, sondern bislang eher ein peinliches und folgenreiches Regierungsversagen.

Was steht nun zu erwarten? Minister Dr. Söder hat angekündigt, für die Landkreise insgesamt 71 staatliche Berater einzusetzen. Positiv gewendet ist dies zumindest ein Hinweis darauf, dass auch die Staatsregierung mittlerweile verstanden hat, dass diese Aufgabe im Klein-Klein der einzelnen Gemeinden nicht erfolgversprechend zu lösen ist. Gleichzeitig ist das auch eine Abkehr von den Beratungsleistungen von PricewaterhouseCoopers. Es wird zu klären sein, wie die Mitarbeiter eingesetzt werden. Das ist eine offene Frage.

Der Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung gesagt, es werde keine weiteren Mitarbeiter im öffentlichen Dienst geben, sodass wir diese Aufgabe mit den vorhandenen Mitarbeitern irgendwie bewältigen müssen. Eine Randbemerkung: Hatten die bislang nichts zu tun? Das ist nicht mein Eindruck. Hier werden wir Aufgaben umverteilen müssen. Ich sage: Die Einarbeitung und der Kompetenzerwerb dieser Mitarbeiter werden lange dauern, sodass wir an dieser Stelle nicht schnell vorwärts kommen können.

Daneben wurde angekündigt, das Förderverfahren noch einmal zu überarbeiten. Auch darüber haben wir in den letzten Jahren immer wieder diskutiert. Wir haben darauf hingewiesen, dass dieses Verfahren nicht nur zu bürokratisch ist, sondern dass die zu pauschalen und allgemeinen Fördermöglichkeiten, insbesondere die Kostengrenze von 500.000 Euro, den unterschiedlichen Strukturen, den unterschiedlichen Größen und der unterschiedlichen Finanzkraft der verschiedenen Gemeinden in Bayern vielfach nicht gerecht werden. Der Bayerische Gemeindetag hat das Seine zu diesem Förderprogramm gesagt. Ich will nur darauf verweisen.

Jetzt bleibt es jedoch bei diesen Ankündigungen von Minister Söder. Nach unserer seit dem Jahr 2008 vertretenen Auffassung ist das ein entscheidender Webfehler, der die Sache schwierig macht und dazu beiträgt, dass wir nicht wirklich vorwärts kommen. Der Freistaat selbst übernimmt keine eigene Verantwortung für diese Aufgaben, sondern beschränkt sich auf die Unterstützung von 2.056 Kommunen mit ihrer ganz unterschiedlichen Struktur und mit ihren ganz unterschiedlichen Problemen.

Ich will hier noch einmal auf das Bild des Innenministers von den Staatsstraßen zurückkommen. Wir haben im Bereich des Straßennetzes Hauptverkehrsachsen, die vom Bund und vom Land zur Verfügung gestellt werden. Die Feinverteilung wird dann erfolgreich von den Kommunen vorgenommen. So, wie das im Straßennetz konzipiert ist, muss es endlich auch beim Breitband laufen. Der Freistaat selbst muss die Konzipierung der Hauptverkehrsachsen in die Hand nehmen und für deren Realisierung sorgen. Nur so kann die Verbreitung des Breitbandes im ganzen Freistaat gelingen. Die Staatsregierung sollte in den nächsten Tagen beschließen, alle öffentlichen Gebäude an das Glasfasernetz anzuschließen. Sorgen Sie dafür, dass an allen Kabelverteilern Glasfaser-Anschlüsse gemacht werden. Nur auf diese Weise wird zu gewährleisten sein, dass ein flächendeckendes Netz so kurzfristig wie möglich zur Verfügung steht, für das die Gemeinden in der Folge die Feinverteilung vornehmen können. Dann haben wir die Voraussetzungen und die infrastrukturellen Chancen, Glasfaser in jedes Haus zu bringen. Das wird nicht überall und in jedem Einzelfall notwendig sein.

Die Bürger werden die Glasfaser nicht überall brauchen. Wo aber der Bedarf besteht und wo die Entwicklung stattfinden muss, ist diese Perspektive eröffnet, die wir in den letzten Jahren auf der Grundlage der Politik der Staatsregierung nicht erhalten haben und die nach wie vor nicht besteht.

Was Finanzminister Dr. Söder bislang angekündigt hat, ist auch noch kein erfolgsversprechendes Konzept, sondern allenfalls ein Notprogramm. Minister Söder führt ganz gern den einen oder anderen Titel. Hier könnte er sich den Titel "Minister der langen Leitungen in und für Bayern" verdienen. Das ist durchaus als Kompliment gemeint. Diesen Titel könnte er sich verdienen. In diesem Sinne: Unterstützen Sie unseren Antrag.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Der nächste Wortbeitrag kommt von Herrn Kollegen Huber.

Erwin Huber (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich nicht gemeldet, weil Herr Kollege Muthmann meinen Namen genannt hat, sondern weil Herr Kollege Blume, der als Redner vorgesehen war, im Zusammenhang mit EADS um Arbeitsplätze für Bayern kämpft. Ich wünsche ihm dabei viel Erfolg und nehme gern die Gelegenheit wahr, zu diesem Thema Stellung zu nehmen.

Erstens. Der Freistaat Bayern hat in den Jahren 2008 bis 2011 ein sehr erfolgreiches Programm für die Grundversorgung im ganzen Land in der Größenordnung von 100 Millionen Euro abgeschlossen. Die Grundversorgung ist in einem sehr hohen Maße durch den Freistaat Bayern finanziert worden. Ich möchte aber auch den Kommunen, den Bürgermeistern und den kommunalen Verwaltungen für ihr Engagement aufrichtige Anerkennung aussprechen. Ohne dieses Engagement der Kommunen wären wir nicht so weit gekommen. Sie haben in einer komplizierten Materie eine hervorragende Arbeit geleistet.

Zweitens. Wir wollen das schnelle Internet der zweiten Generation mit 50 MBit/s bis zum Jahr 2018 nicht nur in Bayern, sondern in ganz Deutschland flächendeckend an-

bieten. Das ist sowohl ein Ziel der Europäischen Union als auch verankert im Koalitionsvertrag; außerdem ist es ein Ziel des gegenwärtig laufenden Programms des Freistaates Bayern.

Ich möchte den Kollegen des Landtags der letzten Legislaturperiode danken. Wir haben damals unsere prinzipielle Bereitschaft erklärt, dafür 500 Millionen Euro aus dem Staatshaushalt des Freistaates Bayern zur Verfügung zu stellen. Uns ist bestätigt worden, dass es in ganz Europa kein vergleichbares Programm einer Region oder eines Landes gibt. Herr Kollege Muthmann, das bedeutet also, Vorwürfe, irgendetwas Wichtiges sei versäumt worden oder es gebe lange Leitungen, sind völlig unsinnig und inhaltsleer. Wir sind mit einem Förderprogramm auf dem Markt, das im Prinzip die richtigen Weichen stellt.

Hier möchte ich etwas einfügen, wobei ich keine Steine nachwerfe: Die Wahrheit ist, dass Herr Wirtschaftsminister Zeil für den Demografiegürtel ursprünglich ein Programm von 20 Millionen Euro vorgesehen hat und dass gerade die CSU-Landtagsfraktion gesagt hat: In ganz Bayern muss schnelles Internet verfügbar sein; dafür stellen wir 100 Millionen Euro und nicht nur 20 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung. Das gehört zur geschichtlichen Wahrheit.

Mittlerweile ist das Förderprogramm angelaufen und bei der Europäischen Union notifiziert. Die praktische Erfahrung dieses Jahres hat gezeigt, dass damit schwierig umzugehen ist. Zunächst einmal sind 19 Punkte vorgegeben. In einem Ausschreibungsverfahren ist unter Berücksichtigung der Technologieneutralität eine Wirtschaftlichkeitslücke zu definieren. Bisher waren nur zwei Gemeinden erfolgreich und haben den Förderbescheid bekommen. Insgesamt befinden sich weitere 370 im Verfahren. Der hierfür neu zuständige Finanzminister Markus Söder hat gleich nach der Änderung der Zuständigkeiten der Ressorts angekündigt, dass das Verfahren erleichtert wird und dass die Vermessungsverwaltung des Freistaates Bayern, die technisch in hohem Maße erfahren und sehr schlagkräftig ist, verstärkt in die Beratung eingebunden wird. Auch viele kleine Unternehmen vor Ort haben sich zu sehr

kompetenten Beratern der Kommunen entwickelt. Diese wollen wir selbstverständlich auch in Zukunft mit einbeziehen. Ein Monopol soll es nicht geben. – Das ist der erste Teil.

Der zweite Teil wird darin bestehen, dass die notwendigen Gespräche mit der Europäischen Union innerhalb der nächsten Monate abgeschlossen werden können. Davon gehe ich aus. Sie wissen, dass wir uns hier im Bereich der Beihilfe bewegen. Die völlige Freiheit, die Herr Kollege Muthmann an die Wand gemalt hat, haben wir nicht. Wir bewegen uns im Beihilferecht. Jeder Euro, den der Freistaat Bayern und den die Kommunen einsetzen, muss auf einer besonderen Ermächtigung im Programm bzw. in den Richtlinien der Europäischen Union beruhen. Andernfalls besteht ein Verstoß gegen europäisches Recht, was beispielsweise Anlastungsverfahren bedeutet.

Die Verhandlungen mit der Europäischen Union laufen bezüglich des Verfahrens, aber auch hinsichtlich der Förderbedingungen. Auch wenn Weihnachten ist, möchte ich Fördersätze oder Höchstförderungen nicht nennen; dies wäre verwegen und nicht ehrlich. Wir gehen allerdings davon aus, dass es innerhalb der nächsten Monate neben dem Verfahren Verbesserungen bezüglich der Fördersätze und der Höchstfördermöglichkeiten gibt, denn eine ländliche Gemeinde mit vielen Ortsteilen kommt möglicherweise mit der Höchstförderung nicht so gut zurecht wie etwa ein kompakter Siedlungskern am Rande eines Ballungsraumes.

Über diese beiden Aspekte wird verhandelt. Man kann durchaus darauf vertrauen, dass der Finanzminister mit der erforderlichen Energie in Brüssel tätig wird und dass wir innerhalb der nächsten Monate im Bereich der Kommunalpolitik Klarheit haben werden.

Der Weg, den die FREIEN WÄHLER vorschlagen, ist weder organisatorisch gangbar, weil er gegen Bundesrecht und europäisches Recht verstoßen würde, noch in dieser Form finanzierbar. Ein flächendeckender Breitband-Internetausbau mit 50 MBit/s würde im Freistaat Bayern etwa 10 Milliarden Euro kosten. Diese 10 Milliarden Euro

können weder der Staat noch die Kommunen alleine aufbringen. Es muss uns also gelingen, die Betreiber dieser Leitungen, die Internetleistungen anbieten, und die späteren Nutznießer zur Mitfinanzierung heranzuziehen. Das private Geld ist auch verfügbar. Dies ist nicht allein eine staatliche Aufgabe, sondern es ist eine gemeinsame Aufgabe mit der privaten Wirtschaft, die Investitionen erfordert. Dazu soll es eine Erleichterung durch Deregulierung geben, die im Koalitionsvertrag festgelegt ist. Für die Wirtschaftlichkeitslücke soll Steuergeld von Land und Kommunen zur Verfügung stehen.

Ich bin sicher, dass darin der einzige Erfolg versprechende Weg besteht. Die FREIEN WÄHLER machen mit ihrem Antrag ein Versprechen, das nicht einzuhalten ist. Darin besteht ja auch das Prinzip der FREIEN WÄHLER. Wir gehen diesen Weg nicht, sondern wir gehen den verlässlichen und erfolgreichen Weg. Deshalb bitte ich Sie, den Antrag der FREIEN WÄHLER abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Huber. Bevor ich Herrn Kollegen Muthmann das Wort zu einer Zwischenbemerkung erteile, darf ich auf der Ehrentribüne eine Delegation des Regionalparlaments der Lombardei begrüßen. Sie wird vom Präsidenten des Regionalparlaments, Herrn Raffaele Cattaneo, angeführt. Mein Gruß gilt auch dem Generalkonsul der Italienischen Republik, Herrn Filippo Scammacca Del Murgo, der unsere Gäste begleitet. Seien Sie herzlich willkommen im Bayerischen Landtag. Ich wünsche einen angenehmen Aufenthalt!

(Allgemeiner Beifall)

Jetzt folgt die Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Muthmann.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Huber, ich habe zwei Fragen. Erstens. Sie haben das Programm als ein erfolgreiches Programm bezeichnet. Wir haben bekanntermaßen für dieses Jahr 200 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

560.000 Euro sind abgerufen worden. Würden Sie das in diesem Zusammenhang als Erfolg bezeichnen wollen?

Zweitens. Sie haben unseren Vorschlag als europarechtlich nicht gangbar bezeichnet und dabei auf Beihilfevorschriften hingewiesen. Was wir vorschlagen, ist schon vor Jahren in Österreich, insbesondere in Oberösterreich, praktiziert worden. Dort hat sich das Land entschlossen, selbst Breitband-Glasfaserkabel zu verlegen und alle wesentlichen Anforderungen flächendeckend abzudecken. Warum glauben Sie, dass ein solches Vorgehen in Bayern beihilfe- und europarechtlich unzulässig, in Oberösterreich aber gangbar ist?

Erwin Huber (CSU): Sie haben sich zuerst auf das erfolgreiche Programm in der Grundversorgung bezogen. Meiner Ansicht nach hat dieses 100-Millionen-Euro-Programm in der Regel flächendeckend in Bayern nicht nur die Mindestversorgung von 1 MBit/s, sondern im Schnitt eine Datenrate von etwa 6 bis 7 MBit/s gebracht. Das ist in der Tat ein Erfolg, den niemand bestreiten kann.

Von vornherein war klar, dass der Großteil der Gelder nicht in den ersten Monaten und vielleicht auch nicht im ersten Jahr abgerufen werden kann; denn der mit der Ausschreibung und der Wirtschaftlichkeitsprüfung verbundene Vorlauf beansprucht eine gewisse Zeit. Aber das Geld verfällt ja nicht. Man kann nicht behaupten: 100 Millionen Euro waren zur Verfügung gestellt worden, und nur 500.000 Euro wurden abgerufen. Vielmehr wird der Geldbetrag natürlich übertragen. Die Zahl der Anträge, die laufen und die möglicherweise aufgrund der Verbesserung noch kommen, liegt bei 370. Die Antragsteller werden natürlich in den Genuss der Gelder kommen. Alles, was hierfür im Staatshaushalt vorgesehen ist, kommt diesem Zweck zugute. Kein Kommunalpolitiker muss befürchten, dass er möglicherweise durch ein Fristversäumnis Geld auf der Straße liegen lassen würde.

Es besteht ein Zusammenhang zwischen Beihilfevorschriften und Finanzierbarkeit; beide sind miteinander kombiniert. Ich habe gesagt, man bräuchte 10 Milliarden Euro,

um dies in Bayern zu finanzieren. Ich wundere mich; denn nach Angaben der Europäischen Union werden für die ganze Europäische Union 50 MBit/s benötigt. Dies soll zwar bis 2018 erreicht werden, aber dafür wird kein einziger Euro zur Verfügung gestellt. Auch der Bund macht große Ankündigungen und hat große Ziele. Da geht es auch um 50 MBit/s bis 2018, und es wird gesagt: Wir werden im Bereich der Regulierung etwas machen. Der Bund stellt aber kein Geld zur Verfügung. Wer als Einziger auf den drei Ebenen in die Kasse greift und selber Geld verfügbar macht, ist der Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Auch wenn es möglicherweise gegen Grundprinzipien der Opposition verstößt, könnte sie sich zur Weihnachtszeit vielleicht durchringen, diese Leistungen anzuerkennen. Als Letztes sage ich: Zehn Milliarden Euro bis 2018 könnte auch der Freistaat Bayern mit seinen Kommunen allein nicht aufbringen. Deshalb bleibt nur der Weg der Gemeinschaftsfinanzierung durch private Geldgeber oder Investoren, wo es natürlich ein "return on investment" gibt, und durch Unterstützung seitens der Steuerzahler. Nur in dieser Kombination sind wir erfolgreich. Alles andere ist ein Vorgaukeln von Wünschen. Wir sind Realisten. Deshalb sind wir erfolgreicher als die Opposition.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Die nächste Wortmeldung kommt vom Kollegen Rabenstein.

Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Herr Kollege Huber, Sie sind der ideale Redner zu diesem Thema. Sie werden von mir jetzt des Öfteren angesprochen.

Zunächst komme ich zu der weihnachtlichen Grundstimmung. Es ist schon ein Zufall, dass es sich genau um die zehn Milliarden Euro handelt, die der Freistaat nicht aufbringen kann. Für die Landesbank haben wir diese zehn Milliarden Euro aber aufgebracht. Da muss ich sagen, Herr Huber, Sie hätten ein bisschen besser aufpassen müssen; dann hätten wir jetzt vielleicht das Geld für den schnellen Ausbau im Bereich des Internet. Das ist meine erste Bemerkung.

Zweite Bemerkung. Schauen wir uns doch einmal die Realität an. Ich habe ein schönes Beispiel aus meiner geliebten Heimat Oberfranken in einer Zeitung dargestellt. Ich zitiere:

Zu den Kunden von Bruno Failner gehören Joop und Windsor. Der 44-Jährige hat schon in Wien, Tiflis und Moskau gearbeitet. Nur daheim in Püttlach rund sieben Kilometer nordöstlich von Pottenstein arbeitet Bruno Failner nicht; denn da ist das Internet zu langsam. Die Pläne, die Architekten oder Mitarbeiter zu fast jeder Tages- und Nachtzeit mit ihm diskutieren wollen, haben bis zu 30 Megabit. In solchen Fällen setzt sich Bruno Failner in sein Auto und fährt in seine Firma nach Forchheim. Eineinhalb Stunden sind das hin und zurück – für einen einzigen Klick.

Das ist die Meldung im "Nordbayerischen Kurier" und zwar nicht vor zehn Jahren, sondern von Oktober 2013. Herr Huber, Herr Failner will nicht die zweite Generation des schnellen Internets haben. Er wäre schon zufrieden, wenn er die erste hätte. Da liegt eben das große Versäumnis auch der Staatsregierung, dass der ländliche Raum gravierend benachteiligt wird.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Der Breitbandausbau in Bayern ist im wahrsten Sinne des Wortes eine unendliche Geschichte, man könnte auch sagen: eine unendliche Geschichte von "Pleiten, Pech und Pannen". Das fängt schon mit Ihnen, Herr Huber, an. Denn Sie haben 2006 gesagt – ich habe viele Zitate im Internet gefunden -: "Die Bereitstellung von DSL-Anschlüssen ist nicht Aufgabe des Staates." Man hat sich zurückgehalten, und ich möchte hier keine Steine werfen. Dass man sich vornehm zurückgehalten hat, hat in den Städten zu einer positiven Entwicklung geführt. Da hat der Markt reguliert. Aber im ländlichen Raum hat das leider nicht funktioniert. Sie mussten sich dann selber korrigieren. Aber das hat viel Zeit gekostet.

Ihre erste Ankündigung, Herr Seehofer, in Ihrer Regierungserklärung 2008 war – das ist schon gesagt worden -: Wir werden dafür sorgen, dass spätestens in drei Jahren die Bürger überall in Bayern Zugang zum schnellen Internet haben. Herr Failner hat den Zugang aber bis heute noch nicht, obwohl er ihn spätestens 2011 hätte haben müssen. Wir wissen, was aus der vollmundigen Ankündigung geworden ist. Auch das Breitbandkompetenzzentrum von Herrn Zeil war ein Flop, weil sich der Staat zurückgezogen hat.

Zu guter Letzt ist hier das unselige Förderprogramm zu nennen. Das ist ein Bürokratiemonster. Wie wir gehört haben, hat es in zwölf Monaten gerade einmal zwei Kommunen gegeben, die einen Förderantrag stellen konnten. Zudem sind die Förderkriterien viel zu eng gestrickt, sodass viele Kommunen überhaupt nicht in den Genuss einer Förderung kommen. Deswegen kommen wir mit diesem Förderprogramm nicht voran. Wir müssen schauen, dass wir etwas Neues aufbauen. Ich bin ja froh, dass jetzt wieder neue Ankündigungen kommen. Aber Ankündigungen allein genügen nicht. Solche haben wir schon genug. Wir haben lange genug darauf gewartet, dass etwas umgesetzt wird. Ankündigungen allein helfen uns nicht weiter.

Ich sage noch einmal ganz deutlich: In einem reichen Land wie Bayern – das sind wir – ist es eine Schande, dass gerade die ländlichen Gebiete beim schnellen Internet abgehängt werden. Was für Konzepte brauchen wir? Wir brauchen einen Masterplan von staatlicher Seite, Herr Huber. Den können wir nicht dem Markt überlassen. Der staatliche Masterplan muss die Defizite genau benennen und maßgeschneiderte Konzepte für jeden Landkreis und jede Gemeinde konzipieren. Denn es nützt einer kleinen Gemeinde nichts, wenn wir von einem Gesamtbetrag einen prozentualen Anteil vorsehen. Jede Gemeinde muss angemessen profitieren können. Es muss zu Sofortmaßnahmen kommen.

Wir brauchen eine Entschlackung des Förderprogramms, damit auch normale Bürgermeister und normale Verwaltungen ohne große Berater mit der erforderlichen Schnelligkeit einen Antrag stellen können. Natürlich brauchen wir auch Berater für die einzel-

nen Landkreise. Das ist schon angesprochen worden. Wir Sozialdemokraten haben das schon vor zwei, drei Jahren gefordert. Erst jetzt kommt man wieder darauf. Viel Zeit wurde verloren. Es wäre besser gewesen, wenn man damals die Vorschläge der SPD angenommen hätte. Denn jetzt müssen die Mitarbeiter der Vermessungsämter erst geschult werden. Dafür wird wieder viel Zeit ins Land gehen; das ist wirklich schade. Wir brauchen vor allem ein Konzept und eine Initiative, die uns schnell voranbringen. Wir von der SPD packen mit an. Wir wollen, dass es zum Wohle Bayerns und seiner ländlichen Räume endlich vorangeht und wir noch in dieser Legislaturperiode das Ziel erreichen, dass jeder einen vernünftig schnellen Internetanschluss hat. Das muss möglich sein. Das muss nicht schon die zweite Generation des Internet sein; denn das schaffen wir nicht. Für den schnellen Anschluss treten wir ein.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frau Kollegin Osgyan kann schon einmal ans Rednerpult treten. Aber bevor ich ihr das Wort erteile, erinnere ich aufgrund eines Hinweises der Offizianten an Folgendes: Bevor Sie alle das Haus in Richtung Heimat verlassen, sollten Sie in Ihr Postfach schauen und die eingegangene Post abholen. - Frau Kollegin Osgyan hat jetzt das Wort.

Verena Osgyan (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der FREIEN WÄHLER "Glasfaserkonzept statt Notoperation" benennt das Problem recht genau. Wir brauchen in Bayern flächendeckend schnelles Internet. Für die vielbeschworenen gleichwertigen Lebensverhältnisse in Stadt und Land ist das essenziell. Hier in München kann man es sich fast nicht vorstellen, wie schlecht die Breitbandversorgung vielerorts noch ist.

Ich war in den letzten Tagen bei meinen Eltern im Landkreis Roth. Es ist wirklich quälend und lähmend, wenn man dort mit ISDN-Geschwindigkeit ein paar Bilder verschieben muss oder auf eine wackelige Funkverbindung angewiesen ist, wenn man einen Fernsehbeitrag aus einer Mediathek abrufen möchte, den wir alle mit unseren Gebühren bereits vorfinanziert haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der Regierungserklärung steht das Ziel, bis 2018 in ganz Bayern das flächendeckende schnelle Internet zu ermöglichen. Dieses Ziel ist natürlich richtig und wichtig.

Sehr geehrter Herr Minister Söder, Ihre Äußerung, dass schnelles Internet zur Daseinsvorsorge gehört, haben wir daher sehr begrüßt. Das war doch einmal ein Wort. Denn das schien uns eine Abkehr von einer Förderpolitik zu sein, die den Breitbandausbau als reines Wirtschaftsförderprogramm statt als gesellschaftliche Aufgabe sieht. Die Deklaration als Wirtschaftsförderprogramm hat uns nämlich in EU-rechtlicher Hinsicht in die Bredouille gebracht. Sie übersieht, dass das bisherige, überkomplizierte Breitbandförderprogramm mit seinen 19 Schritten eindeutig gescheitert ist. Dass das erst zwei Kommunen erfolgreich durchlaufen haben, spricht eine deutliche Sprache. Es ist somit überfällig, einen Schritt voranzugehen und das Ganze von Grund auf neu anzugehen. Jetzt heißt es, es solle mehr Personal, Breitbandberaterinnen und Breitbandberater, für die Kommunen eingestellt werden. Das begrüßen wir grundsätzlich – das ist klar. Außerdem begrüßen wir, dass eine Milliarde Euro Fördergelder vom Freistaat bereitgestellt werden sollen. Allerdings ist das keine Neuerung gegenüber der bisherigen Anmeldung bei der EU und damit deutlich zu niedrig. Das hat Herr Huber selber gesagt. Für eine flächendeckende Versorgung Bayerns mit ausreichend schnellen Breitbandverbindungen sind zehn Milliarden Euro notwendig. Für eine der zentralen Zukunftsaufgaben können wir uns das als reiches Land wirklich leisten. Davon abgesehen besteht das Problem nicht in der Bereitstellung zu geringer Mittel, sondern im gesamten Förderkonzept. Solange das Förderkonzept nicht von Grund auf geändert wird, wird Bayern nicht im Jahre 2018 und nicht im Jahre 2028 über flächendeckend schnelles Internet verfügen. Das Förderverfahren ist nicht nur zu kompliziert, sondern zielt viel zu sehr auf eine Anbindung von Unternehmen in Gewerbegebieten ab. Es ist keine Frage, dass diese ein zuverlässiges und damit glasfasergebundenes Breitband benötigen. Kleinunternehmer, Freiberufler und Selbstständige abseits der Gewerbezentren brauchen das genauso wie Privathaushalte oder Schulen auf dem

Land.Schnelles Internet ist mittlerweile eine Grundvoraussetzung für Information, Bildung und Teilhabe. Das ist nicht nur eine technische und wirtschaftliche, sondern auch eine gesellschaftliche Notwendigkeit. Schnelles Internet ist gerade für Bürgerinnen und Bürger im ländlichen Raum ein Schlüssel zur Welt und bietet den Anreiz, vor Ort zu bleiben.

Bildungsangebote sind mittlerweile über E-Learning möglich. Freiberufler können über Videokonferenzen mit ihren Kunden zusammenarbeiten. Jugendliche können ihr Lieblingskonzert per Live-Stream erleben. Solche Angebote sind für den ländlichen Raum wie gemacht, um lange Wege zu vermeiden. Zur Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse gehört es einfach, dass alle Haushalte und öffentlichen Einrichtungen, auch die Hausfrau in Unterfranken und die Schülerin in der tiefen Oberpfalz, an das schnelle Glasfasernetz angebunden sind. Das absehbare Herumdoktern an einem schon einmal gescheiterten Konzept kann man nur als Notoperation bezeichnen. Wir begreifen schnelles Internet als Daseinsvorsorge. Deshalb fordern wir die Staatsregierung auf, ein Konzept vorzulegen, das zeigt, wie man eine flächendeckende Versorgung aller Haushalte bis 2018 realisieren kann. Das ist eine Staatsaufgabe. Den Antrag der FREIEN WÄHLER werden wir selbstverständlich unterstützen, da dieser ein klares Ziel aufzeigt.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Jetzt hat Herr Staatsminister Dr. Söder das Wort.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielen Dank für die Möglichkeit, heute im Rahmen dieses Antrags einen kurzen Zwischenbericht zu geben. Die Zahlen, die vorhin genannt worden sind, sind - aus meiner Sicht Gott sei Dank – schon etwas fortgeschrieben. Gleich werden Sie merken, dass fast jeden Tag etwas passiert.

Zunächst einmal stimme ich allen zu, die der Auffassung sind, dass das Thema Digitalisierung – das ist der Oberbegriff - sowohl ökonomisch als auch gesellschaftlich ein absoluter Megatrend ist. Die Herausforderung, vor die uns die Digitalisierung stellt, ist

bei Weitem noch nicht abgebildet worden. Nicht nur für Bayern, sondern für ganz Europa stellt es eine große Herausforderung dar, sich gegenüber anderen Partnern auf der Welt wie den Vereinigten Staaten von Amerika beim Thema Digitalisierung zu behaupten, um nicht nur die digitalen Rücklichter zu sehen, sondern in der gesamten Entwicklung aufzuholen. Die Grundvoraussetzung für die Digitalisierung ist tatsächlich die Versorgung mit schnellem Internet.

Der Ansatz, den wir jetzt wählen, ist neu. Wir wollen das Thema schnelles Internet nicht ausschließlich dem Markt überlassen. Wir wollen hinsichtlich des schnellen Internets nicht darauf hoffen, dass andere das Problem lösen. Bayern will einen anderen Weg als andere Bundesländer gehen. Wir sagen: Das ist eine Art von Daseinsvorsorge. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen das schnelle Internet im ländlichen Raum haben. Dafür werden wir uns anstrengen.

(Beifall bei der CSU)

Wir sollten uns die Zahlen zur Versorgungslage einmal ansehen. Mit 2 MBit/s sind in Bayern 98 % der Haushalte versorgt, rund 80 % der Haushalte mit 16 MBit/s. Unser Ziel ist es, die nächste Generation mit 50 MBit/s zu versorgen. In Bayern nutzen bereits 52 % der Haushalte eine schnelle Internetverbindung mit 50 MBit/s. Das Problem ist in der Tat die Gabelung zwischen Stadt und Land. Das ist eindeutig erkennbar. Während 80 % der städtischen Haushalte versorgt werden, können auf dem Land nur 16 % der Haushalte von einer guten Internetversorgung profitieren. Das Defizit in der Versorgung der ländlichen Räume ist klar spürbar.

Nach gegenwärtigem Stand ist aus Sicht der Anbieter eine Versorgung im ländlichen Raum auf einer rein marktwirtschaftlichen Basis bei Weitem nicht so attraktiv. Nebenbei möchte ich einschieben: Die Telekommunikationsunternehmen beginnen bereits, höhere Bandbreiten in Städten zu etablieren. Teilweise gibt es Versorgungsoptionen mit 100 MBit/s. Allerdings nutzen lediglich 4 % der Haushalte, die diese Option wahrnehmen können, das Angebot. Das wird noch eine spannende Frage. Wer nutzt was?

Wo ist der Anschluss? Unser Ziel muss es sein, den Anschluss deutlich zu verbessern, damit überhaupt eine Nutzungsoption gegeben ist.

Zu den Zahlen: Über 900 Gemeinden haben die Beratung genutzt. Bislang sind zwei Förderbescheide erteilt worden. Nur sehr wenige Kommunen haben an dem Programm teilgenommen. Lieber Erwin Huber, die Zahl hat sich mittlerweile erhöht. Nach aktuellem Stand – heute – befinden sich 394 Gemeinden im Bayerischen Förderprogramm. Nach erneuter Abfrage haben die Regierungen mitgeteilt, dass man auf der Grundlage des aktuellen Programms – ohne Verbesserungen und Veränderungen – davon ausgeht, dass nächstes Jahr bis zu 400 Förderbescheide erlassen werden können, wenn alles auf den Weg gebracht wird. Das heißt: Im Grunde genommen tut sich etwas. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich teile jedoch die Auffassung, dass das aktuelle Verfahren noch verbessert werden muss. Ich möchte aus meiner Sicht analysieren, was sich verbessern kann und verbessern muss.

Kurz nach der Übernahme der neuen Aufgabe im Zuständigkeitsbereich des Finanzministeriums haben wir Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Regierungen geführt. Das sind die zwei zentralen Stellen. Die kommunalen Spitzenverbände fungieren als Anwalt der Kommunen und die Regierungen als Genehmigungsbehörde des gesamten Verfahrens. Herr Rabenstein, für uns hat sich herauskristallisiert, wie unser Masterplan gestaltet werden muss, um an dieser Stelle voranzukommen. Es ist nicht der Wunsch der Kommunen, alles abzuräumen und ein komplett neues Verfahren einzuleiten, in dem die Kommunen aus dem Förderprogramm herausgenommen werden und auf Neustart gedrückt wird. Das würde übrigens dazu führen, dass man mit einem neuen notifizierten Verfahren bei der EU mindestens ein oder zwei Jahre stehen bleibt. Meine Damen und Herren, auf diese Weise können wir im digitalen Wettbewerb nicht aufholen. Wir würden sogar verlieren. Deswegen ist klar: Eine völlige Neuordnung des digitalen Verfahrens und des Programms wird nicht erfolgen. Wir wollen das Verfahren verbessern und verschlanken. Wir wollen helfen, in das Verfahren hineinzukommen.

Aufgrund der EU-Notifikation gibt es insgesamt 19 Schritte. Das Problem der Verfahrensschritte besteht nicht allein in der Summe, sondern auch im Einstieg. Für viele kleine Gemeinden ist der Einstieg sehr schwer. Die Marktanalyse, die technische Analyse sowie die Dokumentation, um eine Beihilfe zu rechtfertigen, stellen viele kleinere Gemeinden vor erhebliche Probleme. Für viele größere Gemeinden mit größeren Kapazitäten ist das leichter. Die kleinen Gemeinden stehen vor einer Verfahrensmauer. Deshalb haben wir uns dafür entschieden, die Beratung deutlich zu verbessern.

Wie machen wir das? Bislang sollte PwC die Beratung mit einem Berater pro Regierungsbezirk durchführen. Sie haben eine Erstberatung durchgeführt, um das Thema zu umreißen, was in Ordnung ist. Meine Damen und Herren, wir wollen jedoch nicht nur eine Einstiegsberatung durchführen. Unser Ziel ist ein An-die-Hand-nehmen. In den Vermessungsämtern gibt es eine unglaublich große Erfahrung in digitalen Fragen. In der Vergangenheit ist alles schon einmal gemacht worden. Außerdem gibt es viele Erfahrungen in der Bürokratie und den Verfahrensabläufen. Zukünftig soll nicht mehr ein Berater pro Regierungsbezirk, sondern ein Berater pro Landkreis zur Verfügung gestellt werden. Dieser nimmt den Bürgermeister an die Hand und hilft ihm, in das Verfahren hineinzukommen. Er begleitet das Verfahren und kann mit der Genehmigungsbehörde, der Regierung, ein Tandem bilden. Unser Ziel ist es, dem Bürgermeister ohne neue Behörden, ohne neue Strukturen und ohne neue Mitarbeiter gemeinsam mit einem Breitbandmanager vor Ort den Einstieg, den Weg durch das Verfahren zu erleichtern. Meine Damen und Herren, ich bin sicher, dass dies das Verfahren von vorneherein beschleunigen wird, weil endlich Leute dabei sind, die sich vor Ort auskennen. Herr Rabenstein, wir werden die Aufgabe übrigens am 1. Januar aufnehmen. Jetzt wird es keine drei oder vier Jahre mehr dauern.

Erwin Huber hat zu Recht darauf hingewiesen, dass es sich um ein notifiziertes Verfahren handelt. Übrigens ist in einem notifizierten Verfahren nicht alles automatisch eine Vorgabe der EU. Alles ist aber notifiziert. Das heißt, wir müssen mit der Europäischen Union darüber reden, Herr Muthmann, was beihilferechtlich unproblematisch ist und

wo die Knackpunkte sind. Wir waren bereits in dieser Woche in Brüssel und haben die Gespräche aufgenommen. Wir haben zuerst mit den Kommunen und den Regierungen geredet und gefragt, wo sie die größten Probleme sehen. Daraus haben wir ungefähr die Probleme ermittelt.

Wir werden darüber reden und hoffen, dass wir flexiblere Fördersätze erreichen können. "Flexibler" heißt gemeindeorientierter. Nach der jetzigen Regelung gilt für eine Gemeinde mit zwanzig oder dreißig Ortsteilen genau die gleiche Grundstruktur wie für jede andere mit weniger Ortsteilen. Sie kennen das. Das brauche ich Ihnen nicht zu sagen. Das entspricht aber häufig nicht der kommunalen Realität.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, Kollege Dr. Wengert bittet um eine Zwischenfrage.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Das machen wir später als Zwischenbemerkung.

Präsidentin Barbara Stamm: Okay, danke.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Hinzu kommt, dass zum Beispiel interkommunale Zusammenarbeit nicht entsprechend berücksichtigt wird. Das gibt es so gar nicht. Die Förderhöchstsätze sind einheitlich, egal, wie groß eine Gemeinde ist. All das stellen wir auf den Prüfstand, um der kommunalen Realität deutlich besser gerecht zu werden.

Bei der Grundphilosophie muss man auch die Technologieoption bedenken. Eine flächendeckende Versorgung, national wie regional, kann nur so laufen: Glasfaser bis zu den Verzweigungsstellen und die letzte Meile, in der Kommune, technologieoffen halten; denn je nach regionaler Struktur kann das weitere Verlegen von Glasfaser, das Vectoring oder Funkübertragung das Bessere sein. Die Strategie ist also relativ klar: Glasfaser bis zur Verzweigungsstelle, Technologieoffenheit auf der letzten Meile. Wenn wir das schaffen, sind wir stark.

Ich bin optimistisch, dass wir das Verfahren in Brüssel so verändern können, und zwar zeitnah, damit wir alle im nächsten Jahr an dieser Entwicklung teilhaben können. Wenn uns das gelingt, meine Damen und Herren, ist das für die Kürze der Zeit, in der sich die neue Staatsregierung aufgestellt hat und die Zuständigkeiten definiert wurden, im Vergleich mit der Verfahrensdauer vorher ein sehr ordentliches Ergebnis.

(Beifall bei der CSU)

Dass wir das übrigens nicht nur für die Gemeinden versuchen – das ist wichtig –, sondern im gesamten staatlichen Bereich, sei nur nebenbei erwähnt. Indem wir die Rechenzentren zu einem Bayern-Server zusammenschließen, wollen wir im Behördennetz des Freistaates Bayern die gleichen Strukturen und Standards schalten. Wir ermöglichen mit dem Anschluss der Kommunen ein einheitliches Hochgeschwindigkeitsnetz.

Im Moment ist das Geld tatsächlich nicht das Problem. Bei 500 Millionen Euro, die zur Verfügung stehen, sind 500.000 Euro noch keine bedrohliche Haushaltslage. In der Tat werden die Belastungen höher werden, wenn die Förderverfahren jetzt in Schwung kommen.

Ich bin für den Hinweis dankbar: Alle Schätzungen sind so, ob EU oder Bund oder Land, dass der Staat nicht automatisch alles übernehmen kann. Diese Summen sind zum Teil so hoch, Milliardenbeträge, dass jede öffentliche Hand, egal welche, überfordert wäre. Genau deswegen versucht man, eine intelligente Finanzierung zu finden. Intelligent heißt: Die Grundstruktur wird entsprechend stark gefördert. Die Kommunen haben übrigens ein Eigeninteresse. Es ist nicht so, dass die Kommunen das nicht wollen. Das ist eine Chance für sie.

Bei einem Punkt bin ich allerdings skeptisch. Immer wieder einmal wird gefragt, ob wir das genauso wie bei der Wasserversorgung machen. Wenn wir das in dieser Form der Daseinsvorsorge machen würden, dann müssten wir zum Teil einen Anschluss- und Benutzungszwang fordern mit der kompletten Umlegung all dieser Kosten auf die Bür-

ger. Ich würde uns dazu nicht raten. Ich würde auf dem bisherigen Weg weitergehen, und zwar mit der gemeinschaftlichen Finanzierung von Staat und Kommunen und auf Bundesebene. Ich sage ein herzliches Dankeschön; denn auch der Bund hat sich an dieser Stelle deutlich bewegt. Er hat klargemacht, dass er gegenüber der Europäischen Union eine Neuaufstellung in dieser Frage wünscht. Der Bund hat klargemacht, dass er eine Verbesserung braucht, auch was die Finanzierung, beispielsweise durch die KfW, betrifft. Bürgerbreitbandfonds sollen eingerichtet werden. Und was ich für sehr wichtig halte: Es wird darüber diskutiert, mit Nutzungsentgelten in den ländlichen Räumen einen Anreiz zu setzen, um das für die Versorger interessanter zu machen.

Alles zusammengenommen - erleichtertes Verfahren, flexiblere Fördersätze, bessere Beratung und Begleitung vor Ort - kann letztlich den Durchbruch bedeuten. Es ist trotzdem noch ein Stück des Weges zurückzulegen; man darf sich darin nicht täuschen. Wir wissen aber, wohin wir wollen. Aus meiner Sicht ist es relativ klar: Lange Leitungen gerne, schnelle Übertragung. Hauptsache ist, dass keiner *auf* der Leitung steht. Wir werden jedenfalls versuchen, das anzugehen.

Es gibt an der Stelle in der Tat eine etwas geänderte Philosophie. Meine Philosophie ist nicht, das allein dem Markt zu überlassen. Meine Philosophie ist nicht, zu sagen, es reicht, wenn die zwei Unternehmen in der Gemeinde die Möglichkeit haben, einen Anschluss zu finden, und der Rest hat keine Chance, an der digitalen Dividende teilzuhaben. Unser Ziel muss es sein, die Teilhabe gesellschaftlich darzustellen, nicht nur ökonomisch. Das versuchen wir an der Stelle zu schaffen.

Wir haben ein gehöriges Stück Arbeit vor uns, meine Damen und Herren. Sie können sich aber darauf verlassen: Wir arbeiten mit Hochdruck daran.

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Zwischenbemerkung: Herr Kollege Dr. Wengert, bitte.

Dr. Paul Wengert (SPD): Herr Staatsminister, Sie haben sehr wortreich gesprochen und uns mit Ihrem Redeschwall fast erschlagen. Sie haben aber nur ganz wenig gesagt.

(Beifall bei der SPD)

Zumindest ist aber das Bemühen erkennbar einzuräumen, dass die bisherigen Erfolge eher bescheiden sind. Was Sie weiter ausgeführt haben, sind wieder Ankündigungen, die auf dem Prinzip Hoffnung beruhen. All das, was Sie gerade ausgeführt haben, hätten Sie längst unternehmen können. Sie haben ausdrücklich die EU angesprochen. Bisher habe ich immer wieder gehört, dass dieses komplizierte Förderverfahren auf Vorgaben der EU basiere. Sie haben das gerade ein wenig relativiert. Ich frage Sie: Trifft es zu, was der Europaabgeordnete und Ihr Parteifreund Manfred Weber am 29. Oktober laut "Der Neue Tag", Weiden, gesagt hat, dass sowohl die Förderhöchstgrenze von 500.000 Euro, um die wir in diesem Haus auch lange gerungen haben, als auch die 19 bürokratischen Schritte im Förderprogramm keine Vorgaben der Brüsseler Kommission, sondern von Bayern hausgemacht sind? Wenn das zutrifft, dann ist das verzögerte Verfahren ausschließlich Ihnen, der Bayerischen Staatsregierung, anzulasten und eben nicht der EU. Wenn es nicht so ist, dann korrigieren Sie das bitte und sorgen Sie dafür, dass der Abgeordnete des Europäischen Parlaments keine Falschmeldungen in die Welt setzt.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Ich finde, ich habe ganz schön viel gesagt. Ich glaube, Sie haben wenig zugehört. Das ist aber ein anderes Thema.

(Beifall bei der CSU)

Ich nehme für uns in Anspruch: erst seit Oktober im Amt und zig Gespräche in Berlin. Dafür ist das relativ ambitioniert, was wir uns strukturell überlegt haben. Trotz der Ge-

sprache in Berlin haben wir die Zahl der Gemeinden im Förderverfahren von 270 auf weit über 300 erhöht. Das ist aber nicht entscheidend. Wir geben uns wirklich Mühe, mit einer Analyse Schwachstellen ausfindig zu machen und zu überlegen, ob man generell ein neues Verfahren machen sollte. Dafür gab es eine klare Absage. Das Verfahren soll verbessert und effektiver werden.

Es ist richtig, nicht alle 19 Schritte sind von der EU vorgegeben. Viele Schritte werden zwangsläufig von der EU vorgegeben, die Höchstfördersumme aber nicht. Das stimmt, das ist damals von uns in Bayern entschieden worden. Es ist aber jetzt alles notifiziert. Das ist ein großer Unterschied. Es ist alles als Gesamtpaket notifiziert. Darum ist es unser Ziel, das an der Stelle zu ändern und zu verbessern.

Der Höchstförderbetrag ist aber weniger die Herausforderung, Herr Wengert. Er ist in Augsburg und Nürnberg kein Problem. Wenn man aufs Land geht, stellt man fest, dass die Flexibilität das Problem ist, dass die Kumulationsgebietsfrage zum Beispiel ein Problem ist. Für alle Nicht-Profis: Man muss ein Gebiet nachweisen, in dem drei, vier, fünf Unternehmen sind. Das macht es wahnsinnig kompliziert, das so zu schneiden. Wir versuchen jetzt, das in Brüssel zu ändern. Das ist ambitioniert. Jeder, der Brüssel kennt, weiß, was da auf uns zukommt. Ich bin aber sehr optimistisch, dass wir das schaffen werden.

Insofern meine ich, dass sich die Aufarbeitung in den letzten zwei Monaten schon sehen lassen kann. Bei allen Gesprächen, die ich geführt habe, habe ich von den kommunalen Spitzenverbänden eher Lob gehört, weil sie meinen, dass wir die Probleme verstanden haben und sie auch lösen. Wenn die kommunalen Spitzenverbände Ja sagen, sind wir zumindest in dieser Frage auf dem richtigen Weg.

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Herr Kollege Glauber hat ums Wort gebeten.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor hier der Weihnachtsfrieden einkehrt - -

Präsidentin Barbara Stamm: Wir hatten bisher Frieden, Herr Kollege.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Nachdem wir den wortreichen Ausführungen des Ministers gelauscht haben, muss ich schon noch eine Frage stellen. Es gab zwei einander diametral gegenüberstehende Aussagen. Nach den Reden von Erwin Huber und des Staatsministers muss ich mich fragen, ob beide die gleiche Politik betreiben. Herr Huber, Sie haben vom Markt, der es regeln soll, gesprochen. Das genau war doch über die Jahre der Grund für das Versagen. Unter Ihrer Verantwortung hat der Markt versagt, was für uns das Problem war. Jetzt sagen Sie, Sie hätten in der letzten Legislaturperiode ein Programm durchbekommen, das Veränderungen gebracht hat. Welche Veränderungen hat es denn in den ländlichen Räumen gebracht? Die Flächengemeinden haben nichts von diesem Programm. Sie haben vier Jahre lang mit diesem Programm gearbeitet. 2012 haben wir hier an diesem Pult immer wieder gefragt: Was ist mit der Fortführung? Wie wollen Sie das stockende Programm fortführen? 2012 war ein Jahr des völligen Stillstandes. Die Bürgerinnen und Bürger draußen müssen hören, dass wir ein Jahr lang das Thema anscheinend nicht ernst genommen haben.

(Markus Rinderspacher (SPD): Nicht ein Cent Förderung!)

Da hilft es mir nicht, wenn hier wortreich erklärt wird, was wir alles tun wollen. Ein Jahr lang ist nichts passiert. Wer hat regiert? - Schwarz-Gelb hat regiert. Warum haben Sie ein Jahr lang nichts getan? Dann gehen Sie zur Europäischen Union und versuchen, dort ein Programm zu notifizieren, obwohl wir Ihnen immer wieder und immer wieder gesagt haben, dass Sie mit diesem Programm für Bayern nichts erreichen werden. Das Programm hat einen strukturellen Fehler. Der Staatsminister ist nicht darauf eingegangen, was passiert, wenn fünf Gewerbetreibende 30 MBit/s brauchen. Wenn diese fünf Gewerbetreibenden in einem Ortsteil einer Flächengemeinde mit zehn Ortsteilen sind, schauen die neun anderen Ortsteile in die Röhre. Strukturell kann man nur einen Ortsteil ausbauen. Wie oft müssen wir es Ihnen noch erklären, dass Sie mit den Flächengemeinden so nicht umgehen können? Schauen Sie Bayern an. Wir haben

Ihnen immer wieder erklärt, wie Bayern über die Fläche mit Breitband oder schnellem Internet ausgestattet ist. Als Erstes müssen Sie die weißen Flecken versorgen. Sie dürfen nicht wieder ein Programm zurechtschneiden, das von PricewaterhouseCoopers nach meiner Meinung dilettantisch betreut wird. Das war dilettantisch, weil Sie die kommunalen Spitzenverbände und die Landkreise nicht mitgenommen, sondern das Problem nach marktwirtschaftlichen Überlegungen gelöst haben. Damit haben Sie es aber nicht erreicht, die weißen Flächen zu schließen. Der Staatsminister hat gesagt, dass wir – diese Aussage ist in diesem Haus noch nie gefallen – die Kabelverteiler endlich an das Glasfasernetz anschließen müssen. Dann wären wir auf der letzten Meile. Mit Vectoring und Kabeldämpfung kann ich natürlich mehr als 30 MBit/s erzeugen. Dann muss ich aber jeden Kabelverteiler an das Glasfasernetz anschließen. Deshalb wäre es Ihre Aufgabe, jetzt die klare Aussage zu machen, dass die Regierung alle Kabelverteiler ans Glasfasernetz anschließen will. So steht es in unserem Antrag. Wir wollen die Kabelverteiler ans Glasfasernetz anschließen. Haben Sie die Kabelverteiler am Glasfasernetz, haben Sie ein schnelles Internet. Damit haben Sie zumindest das, was die Privatkunden brauchen.

Wie wir dann mit dem nächsten Schritt vorankommen, werden wir sehen. Der Kabelverteiler muss ans Glasfasernetz angeschlossen sein. Nach dem, was der Staatsminister heute gesagt hat, glaube ich nicht, dass wir den Kabelverteiler ans Glasfasernetz anschließen können, weil Sie immer noch an den 500 Millionen insgesamt und dem 19-Punkte-Programm hängen. Damit werden Sie die Kabelverteiler nicht erreichen. Wir fordern, dass die Kabelverteiler ans Glasfasernetz angeschlossen werden. Damit ist endlich eine Grundversorgung in Bayern möglich, und das haben unsere Bürgerinnen und Bürger verdient.

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt hat noch einmal Herr Kollege Huber ums Wort gebeten.

Erwin Huber (CSU): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte nur ein paar abschließende Bemerkungen machen. Erstens. Die CSU-Fraktion unterstützt die

Strategie, die Staatsminister Söder gerade dargestellt hat, voll und ganz. Wir halten diese Strategie für den einzig vernünftigen und erfolgreichen Weg.

(Beifall bei der CSU)

Ein Zweites muss ich den Rednern der Opposition sagen. Wenn es vor Weihnachten schon Streit gibt, muss ich dabei sein, sonst wird mein Ruf beschädigt. Viele von Ihnen reden mit gutem Willen und mit Empathie. Das kann ich durchaus verstehen. Leider reden Sie aber mit wenig Sachverstand. Sie reden von einer Staatsaufgabe und wollen jeden Knoten ans Glasfasernetz anschließen und dergleichen mehr. Es ist ein Unterschied, wie man dieses Ziel erreicht. Sie tun so, als gäbe es nichts, und als würde das, was unter der Erde liegt, dem Freistaat Bayern und dem Bund gehören. Das meiste, was unter der Erde liegt, gehört aber der Deutschen Telekom. Die werden nicht zulassen, dass jeder in ihren Leitungen herumarbeitet. Ein flächendeckendes Netz ist vorhanden. Wer nur die leiseste Ahnung von der Materie hat, muss sagen, dass es absoluter Nonsens wäre, wenn man parallel dazu in ein staatliches Netz investierte. Das vorhandene, weitgehend auf Glasfaser ausgerichtete Grundnetz muss weitergeführt und vollendet werden. Es macht keinen Sinn und es wäre Geldverschwendung, parallel dazu ein staatliches Netz aufzubauen. Ein Netz genügt. Wer sagt, der Staat und die Kommunen müssten eigene Glasfaserleitungen und dergleichen mehr schaffen, würde parallel zum schon bestehenden Netz ein Netz ausbauen. Auf dem jetzigen Netz laufen die Telefonie und das Internet. Das Netz muss technologieoffen sein. Nach der europäischen Gesetzgebung müssen die Netze, die verfügbar sind, für alle anderen Betreiber offen sein. Das ist die einzige Möglichkeit, um schnell voranzukommen. Wer jetzt sagt, wir stoppen den ganzen Apparat und fangen in einigen Jahren damit an, von staatlicher Seite aus ein Netz zu bauen, der wird Stillstand, aber nicht Fortschritt bekommen. Deshalb ist es unser erstes Ziel, dass wir das vorliegende Programm optimieren. Staatsminister Söder hat es dargestellt: Die Entbürokratisierung und die Änderung der Förderansätze mit einer Höchstforderung von 500.000 Euro sind der Weg, der am schnellsten zu einem Erfolg führt. Dazu gibt es

keine sinnvolle Alternative. Ich bin auch der Meinung, lieber Minister Söder, dass man über die Kumulationsgebiete – das war eine Erfindung von Minister Zeil – nachdenken sollte. Das wäre durchaus machbar. Wenn in einem Dorf fünf Landwirte sind - -Sie lachen, bevor Sie wissen, was ich überhaupt sage. Das ist der Grund, warum sich die SPD in diesem Haus so oft lächerlich macht. Ich bin in der Tat der Meinung, dass man mit der Europäischen Union verhandeln sollte. Sie sind für jeden Rat absolut unzugänglich. Deshalb werden Sie auch nie über die 20-Prozent-Hürde kommen. - Jetzt komme ich aber zur Sache zurück. In der Sache selber - -

Präsidentin Barbara Stamm: Vielleicht können wir uns wieder ein bisschen beruhigen.

Erwin Huber (CSU): Ich bin so viel gewöhnt!

Präsidentin Barbara Stamm: Das mag schon sein, aber man muss Sie hier auch noch verstehen können.

Erwin Huber (CSU): Ich glaube, es wäre sehr sinnvoll zu überlegen, prinzipiell jede Gemeinde zum Kumulationsgebiet zu erklären. Dann ist keine besondere Definition mehr notwendig. Wenn Sie mich nicht so lang aufgehalten hätten, hätte ich das schon vor zwei Minuten sagen können. Ich hoffe, dass wir darin übereinstimmen.

Zwei Punkte möchte ich noch nennen. Ich glaube, dass die Deutsche Telekom als Unternehmen, das zu einem erheblichen Anteil in Bundesbesitz ist, nicht nur eine betriebswirtschaftliche Strategie verfolgen sollte, sondern als zumindest Teil-Staatsunternehmen auch die Gesamtversorgung des ganzen Landes als Aufgabe im Auge haben sollte. Es gibt immer wieder die Schwierigkeit, dass unsere Gemeinden kaum Angebote von der Deutschen Telekom bekommen, dass es ewig lang dauert und dass eine Pfennigfuchserie betrieben wird. Ich meine: Marktführer ist die Deutsche Telekom. Sie ist zu einem schönen Anteil noch in Staatsbesitz oder in Bundesbesitz. Der Eigentümer Bund sollte auf die Telekom einwirken, damit sie offensiver und auch im Sinne

des Gemeinwohls handelt. Dazu ist ein Teil-Staatsunternehmen aus meiner Sicht auch verpflichtet.

Das Zweite. In meiner "niederbayerischen Heimat Niederbayern" sagt man gelegentlich: Telecommunication goes mobile.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wie sagt man?)

- Ihnen sage ich es in einem Privatissimum, Herr Rinderspacher. - Was Herr Minister Söder nur in einem Nebensatz gesagt hat, halte ich für sehr wichtig. Viele, vor allem die jungen Leute, sind heute mit iPhones und iPads unterwegs und nutzen die Geräte mobil. Ein Glasfaserkabel nutzt ihnen da nichts. Deshalb müssen wir davon ausgehen, dass wir auch die mobile Nutzung des Internets vervollständigen müssen. Das wird auch für viele ländliche Gemeinden die einzige Chance sein.

Ich meine, dazu ist eine Gesamtstrategie erforderlich, und über die Definition, ob es sich um eine Staatsaufgabe oder eine Wirtschaftsaufgabe handelt, können wir ewig streiten. Wir können nur dann zu einem realisierbaren Ziel kommen, wenn der Markt mit privatem Kapital zur Stelle ist und wenn der Staat als Freistaat Bayern, genauso aber auch als Bund als Europäische Union, sowohl, was die Regulierung als auch was die Finanzierung angeht, dann einspringt, wenn der Markt versagt. Dann wird bis zum Jahr 2018 eine flächendeckende Versorgung mit 50 MBit/s erreicht.

Ein letzter Satz noch. Es hat in der Vergangenheit 50 Jahre gedauert, bis alle Häuser in Bayern telefonisch verbunden waren. Wenn wir es schaffen, in fünf Jahren im Internet bei 50 MBit/s zu sein, ist das eine historische Leistung, und der Freistaat Bayern wird ganz vorne dran sein, meine Damen und Herren.

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Jetzt hat noch einmal der Kollege Dr. Wengert ums Wort gebeten. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Paul Wengert (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Huber, jetzt sind Sie ganz haarscharf an der Grenze zur Störung des Weih-

nachtsfriedens entlanggeschrammt. Nach dem wortreichen, aber inhaltsleeren Vortrag von Herrn Staatsminister Söder, dem man immerhin zugutehalten muss, dass er erst seit zwei Monaten die Verantwortung für diesen Bereich trägt, hätten Sie sich besser an den Satz gehalten: Reden ist Silber, Schweigen ist Gold.

(Beifall bei der SPD)

Sie sagen, die CSU unterstützt Söders Strategie voll und ganz. Ja, was denn sonst? Es wäre ja noch schöner, wenn Sie dem eigenen Staatsminister in den Rücken fallen würden. Aber das kann ja auch noch kommen, wenn er Ihnen enteilt. - Ob das, was jetzt vorgeschlagen worden ist, der einzige vernünftige Weg ist, ist in der Tat noch einer Prüfung wert und zumindest nicht ganz unzweifelhaft.

Wenn Sie von Rufschädigung sprechen, müssen Sie daran denken, dass immer dann, wenn man mit dem Finger auf jemanden zeigt, drei Finger auf einen selbst zurückzeigen. Derjenige, der seinen Ruf geschädigt hat, waren Sie selbst, als Sie den Breitbandausbau vor fünf, sechs Jahren allein als Aufgabe des Marktes und der Wirtschaft dargestellt haben. Das Wort "Stillstand" im Zusammenhang mit dem Breitbandausbau gerade aus Ihrem Mund zu hören ist schon starker Tobak, Herr Kollege Huber. Sie versteigen sich auch noch dazu, allen außerhalb Ihrer Fraktion den Sachverstand abzusprechen. Den fehlenden Sachverstand haben Sie bewiesen, als Sie damals gesagt haben, das ist Sache der Wirtschaft, das ist Sache des freien Marktes und nicht Sache des Staates. Sie sind es, der leider nichts dazugelernt hat. Sie, Herr Kollege Huber, und die Kolleginnen und Kollegen der CSU haben es doch versemelt, sodass wir als Bayernland, was den Breitbandausbau angeht, die rote Laterne in der Hand haben. Sie vernebeln, Sie verschleiern, Sie reden sich heraus. Übernehmen Sie doch endlich die Verantwortung dafür, dass wir den anderen hinterherrennen müssen, weil wir nicht rechtzeitig die notwendigen Initiativen ergriffen haben.

Was heute vorgetragen worden ist, hilft den Gemeinden, hilft den Betrieben, hilft den Ingenieurbüros und hilft den Privaten überhaupt nicht weiter. Wer sich in dieser Debat-

te nicht lächerlich gemacht hat, sind die Fraktionen der Opposition. Ich weise für die SPD den Vorwurf, dass wir uns lächerlich gemacht haben, energisch zurück. Das ist angesichts unserer vielen, vielen sachlich begründeten Anträge wirklich absolut daneben, und dagegen muss ich mich verwahren.

Wenn Sie dann auch noch höchst vorsorglich daran erinnern, dass die Einführung des Telefons 80 Jahre gedauert hat, können wir uns ja auf etwas gefasst machen, was den Breitbandausbau betrifft. Ich hoffe nicht, dass wir dafür vielleicht die halbe Zeit brauchen. Es muss schneller gehen, und es geht schneller, wenn wir endlich zur Vernunft kommen und wenn das, was wir als Opposition immer wieder vorgeschlagen haben, endlich in Ihre Köpfe und Ihre Überlegungen Eingang findet, meine sehr verehrten Damen und Herren. - Vielen Dank.

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. Jetzt ist noch der Herr Kollege Dr. Rabenstein am Rednerpult. Bei einem für uns so wichtigen Thema bringen wir alle Geduld auf. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Ich wollte eigentlich nichts mehr sagen.

Präsidentin Barbara Stamm: Sie haben das Wort, Herr Kollege.

Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Frau Präsidentin, Herr Huber provoziert unsere Beiträge regelrecht. Denn er stellt sich immer so dar, als wenn er alles wüsste, die anderen aber dumm seien und sich lächerlich machten, ohne dass er zugibt, dass er sich damals getäuscht und durch sein Verhalten den schnellen Breitbandausbau verzögert hat. Das ist doch die Tatsache.

(Beifall bei der SPD)

Das müssen Sie einmal einsehen, Herr Huber. Sie machen sich lächerlich, und jetzt kritisieren Sie die Telekom. Ich habe hier einen wunderschönen Bericht: DSL im ländlichen Raum. Da heißt es, der bayerische Wirtschaftsminister Erwin Huber hat nach einem Treffen mit Ministerpräsident Stoiber und dem Vorstandsvorsitzenden der Deut-

schen Telekom für das schnelle Breitband gesorgt. Wissen Sie, wann das war? Das war 2006. Und was haben Sie erreicht? Überhaupt nichts. Aber heute kritisieren Sie die Telekom. Es ist doch lächerlich, wie Sie sich hier hinstellen. Ein Wort zu Herrn Minister Söder. Die Signale habe ich gehört. Das war genau richtig, das haben wir ja seit Langem gefordert. Genau das, was Sie heute ankündigen – ich sage erst einmal "ankündigen"; wir werden genau verfolgen, wie es weitergeht -, haben wir seit Langem gefordert, und das unterstütze ich auch.

Aber Sie müssen auch zugeben, dass Ihre Ankündigungen eine Ohrfeige für die bisherige Politik sind. Wenn man jetzt sagt, man will das nicht dem Markt überlassen, ist das eine Ohrfeige für Herrn Huber. So schaut es aus. Herr Söder, wenn Sie heute sagen, das Verfahren war nicht in Ordnung und wir müssen es korrigieren, dann greifen Sie genau das auf, was wir seit Jahren fordern. Wir sagen zum Beispiel: Die ländlichen Räume sind unterschiedlich. In der Gemeinde, von der ich vorhin gesprochen habe - das ist Pottenstein, eine Gemeinde mit vielen Außenregionen -, wird gesagt: 500.000 Euro sind uns zu wenig. Wir brauchen mindestens 2,5 Millionen, damit wir Gerechtigkeit schaffen können. Natürlich beschweren sich die Orte, wenn der eine die Förderkriterien erfüllt und drankommt, der andere aber nicht. - Genau das haben wir kritisiert, und heute sagen Sie es. Ihre Aussage ist auch eine Kritik an dem, was bisher gelaufen ist. Das wollen wir einmal festhalten. Deshalb hoffen wir, wie ich schon angekündigt habe, dass wir gemeinsam etwas auf den Weg bringen. Herr Huber verkauft die anderen für dumm und stellt sich selber mehr oder weniger so dar, als habe er alles gewusst, aber die Fehler hätten andere gemacht. Wir sind bereit, wenn es um Bayern geht, wenn es um neue Technologien geht, gemeinsame Arbeit zu machen, aber nicht auf diese Art. - Danke schön.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister Dr. Söder hat ums Wort gebeten.

(Volkmar Halbleib (SPD): Jetzt kommt die Rettungsmaßnahme für die CSU!)

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Ich hätte nicht gedacht, dass ich vor Weihnachten noch einmal Erwin Huber verteidigen darf.

(Heiterkeit bei der CSU)

Wenn der Erwin die richtige Richtung hat, ist er ein hervorragender - -- Wenn er weiß, wen er angreift, ist es hervorragend. - Jetzt nach den letzten Wortmeldungen muss ich schon noch etwas sagen, meine Damen und Herren; denn das ärgert mich wirklich. So zu tun, als wäre in Bayern - - Es ist seit zwei, drei Jahren immer dasselbe Muster.- Jetzt hören Sie zu. - Immer kommt das Geschrei von dieser Seite, Bayern sei chaotisch, Bayern sei am Ende. Dann wird regelmäßig wie vorhin von Herrn Wengert gesagt, Bayern habe die rote Laterne. Meine Damen und Herren, die Farbe Rot hat in Bayern keine Zukunft, wenn ich das einmal sagen darf. Hören Sie endlich damit auf, immer alles schlechtzureden.- Sie reden schlecht und dann zu laut. - Wenn Sie sich wirklich ernsthaft mit dem Thema auseinandersetzen wollen, dann reden Sie mit den kommunalen Spitzenverbänden, dann reden Sie mit den Kommunen. Dann werden Sie erfahren, dass der Weg, den wir jetzt einschlagen, einer der besten Wege ist, die wir in Deutschland haben.

Präsidentin Barbara Stamm: Kolleginnen und Kollegen, ich muss es immer wieder sagen: Zwischenrufe ja, aber nicht permanent.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Zwischenruf ja, aber Zwischenchor nein. - Was Erwin Huber gesagt hat, ist auch von der Diktion her richtig. Wenn Sie immer sagen, wir hätten keine Ahnung vom Land, dann kann ich nur eines sagen: Die Menschen in Bayern, gerade in den ländlichen Räumen, vertrauen der CSU, vertrauen der Staatsregierung. Warum? Weil wir im Vergleich zu allen anderen ländlichen Räumen in Deutschland die beste Struktur haben. Bayern ist das stärkste Land, Bayern bleibt das stärkste Land. Dafür werden wir gemeinsam sorgen. So schaut's aus.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): "Vorstufe zum Paradies" hat er vergessen!)

Präsidentin Barbara Stamm: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/265 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion, die FREIEN WÄHLER und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge Drucksachen 17/266 bis 17/271 bis 17/279 und 17/280 werden an die zuständigen federführenden Ausschüsse überwiesen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich darf noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Weikert, Rauscher und andere und Fraktion (SPD) "Kältetod verhindern – Schnelle Hilfe für Wohnungslose", Drucksache 17/264, bekannt geben. Mit Ja haben 74 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 89. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Damit, verehrte Kolleginnen und Kollegen, haben wir unsere Tagesordnung zum Ende des Jahres beendet.